

Länderbericht DR Kongo 2014

Nach der Kapitulation der Rebellengruppe M23 im November 2013 hat sich die Sicherheitslage um die Stadt Goma verbessert. Die Gegend um die ehemalige M23-Hochburg Rutshuru ist nach der Kapitulation der Miliz großflächig zerstört und die Aufbauarbeiten gehen sehr langsam voran.

Abseits dieser Sicherheitszonen kommt es in den Kivu-Regionen hingegen immer wieder zu Überfällen durch diverse andere Milizen und Kleinbanden, so dass die Bevölkerung täglich bedroht und die Gewalt allgegenwärtig ist. Besonders prekär ist die Zunahme von Überfällen und Entführungen durch ein aufkommendes Bändertum und organisierte Kleinkriminalität, welches sich in recht- und sicherheitsfreien Räumen zügig ausbreiten kann. Die Zahlung von Lösegeldern nimmt zu und bietet ein neues Terrain für gewaltsam generierte Einnahmen. Laut Schätzungen der UN-Blauhelmission MONUSCO soll es ca. 6 000 bewaffnete Rebellen in den beiden Kivu-Regionen geben.

Teile der staatlichen Armee FARDC im Osten der DR Kongo agieren unter der Führung des 2013 eingesetzten Generals Francois Olenga disziplinierter und effektiver als in der Vergangenheit. Die 3000-Mann starke UN-Interventionsbrigade Neutral Intervention Force NIF unterstützt seit 2013 die militärischen Operationen gegen die Rebellengruppen in der Region. Seit 4 Monaten konzentrieren sich die gemeinsamen militärischen Offensiven gegen die ugandastämmige Miliz ADF-Nalu um die Stadt Beni im Nordosten des Nord-Kivu.

Allerdings ist die erste Euphorie nach dem zügigen Erfolg gegen die M23 verflogen. Der Nord-Kivu zählt ca. 45 000 Flüchtlinge und die Sicherheitssituation ist in vielen Gegenden prekär. Oftmals führen die militärischen Aktionen gegen die Rebellengruppen nicht zu deren Zerschlagung, sondern vertreiben diese in unwegsamere Gebiete. Daher sind militärische Offensiven nur von gewissem kurzem Erfolg, begleitet von neuen Flüchtlingswellen und Opfern innerhalb der Bevölkerung. Langfristig bedarf es politischer Lösungen und einem funktionierenden Sicherheits- und Justizsystems.

In der wirtschaftlich wichtigen Provinz Katanga mit seinen großen Rohstoffvorkommen hat sich die humanitäre Situation seit Dezember 2013 verschlechtert. Die Rebellenmiliz Bakata Katanga geht äußerst brutal gegen die Bevölkerung vor. Im April zählte die Region 0,5 Mio. intern Vertriebene. Dieser Konflikt erfährt wenig Aufmerksamkeit und auch die MONUSCO ist nur sporadisch in der Provinz stationiert. Politische Ursachen befeuern den Konflikt, der nun zu einer Überlebensstrategie politischer Akteure geworden ist. Der reichere Süden Katangas ist in Kinshasa unterrepräsentiert, was Animositäten schafft, wohingegen der Norden um die alte Machtclique von Präsident Kabila treuen Gefolgsmänner in Kinshasa noch stark repräsentiert ist. Anfang des Jahres kam es allerdings zu einem offenen Machtkampf innerhalb der katangesischen Regierungsquellé um Präsident Kabila, der einzelne Personen entmachtete und drohte, seinen Premierminister Ponyo abzusetzen. Die als Fazit des nationalen Dialoges versprochene Regierungsumbildung von Präsident Kabila sorgt für große Unruhen in den etablierten Machtkreisen, die um ihren Einfluss bangen. Der von Präsident Kabila suspendierte Polizeichef Numbi soll folglich die Miliz Bakata Katanga um den Anführer

Gedeon Mtanga unterstützen und auch lokale Eliten profitieren von deren Präsenz und stärken ihre Einflussphären.

Sicherheitssektorreform

Die nationalen Sicherheitskräfte FARDC und die nationale Polizei PNC sind trotz jahrelanger Bemühungen, Trainings, und Unterstützung durch bilaterale Geber und die MONUSCO weiterhin nicht in der Lage, die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. Nach wie vor sind Spannungen, Konflikte und dominierende Eigeninteressen innerhalb der FARDC vorhanden, Polizisten und Soldaten werden immer noch schlecht bis gar nicht bezahlt und die Korruption grassiert im gesamten Apparat. Die Gefängnisse sind überfüllt, Insassen sehr schlecht versorgt, was zu Ausbrüchen und Revolten führt.

Auch der Demobilisierungsprozess von ehemaligen Milizen geht sehr schleppend voran. Seitens der kongolesischen Regierung wurde im Frühjahr 2014 das Programm DDR III gestartet, in dem ca. 11 000 ehemalige Milizen und ihre Familienangehörigen ein 3-monatiges Demobilisierungstraining erhalten sollen. Für die daran anknüpfende Integration in die Gesellschaft und einkommensschaffende Maßnahmen für die ehemaligen Kämpfer gibt es kein koordiniertes und finanziertes Programm. Vorgesehen ist lediglich die Rückkehr in ihre Gemeinschaften und Familien. Dies lässt viele Fragen offen: Gibt es diese sozialen Strukturen noch, findet eine soziale Integration und Akzeptanz statt, gibt es Arbeitsmöglichkeiten, wie wird mit Trauma und Kriegsverarbeitung umgegangen? Das Fehlen eines strategischen, nachhaltigen Reintegrationsplans sowie die Finanzierung des Demobilisierungsprogramms ist kritisch zu betrachten und kann wieder dazu führen, dass sich die Menschen erneut einer Miliz anschließen. Bis dato leben ca. 3 000 ehemalige Milizen wieder in ihren Familien, dazu gibt es aber kein Follow-up und keinerlei Begleitung.

Seitdem im Frühjahr 2014 bekannt wurde, dass die FARDC demobilisierte Milizenführer in Orientale/Ituri gefoltert hat, wächst bei den Rebellen das Misstrauen gegenüber der staatlichen Armee und sinkt die Bereitschaft, sich freiwillig auszuliefern.

FDLR

MONUSCO-Leiter Martin Kobler hatte für Februar dieses Jahres eine Offensive gegen die FDLR angekündigt. Schätzungen beziffern die FDLR auf ca. 1 500 Personen, von denen ca. 300 sich zu dem harten Kern der Hutu-*Genocidaires* zählen. Diese Offensive findet aus verschiedenen Gründen nicht statt. Zum einen kooperieren einzelne Flügel der FDLR immer wieder mit FARDC-Truppen; die Verbindungen sind somit eng miteinander verwoben. Einige Fraktionen der FDLR verstecken sich in unwegsamen, schlecht erreichbaren Gebieten und sind schwer anzugreifen bzw. „integrieren“ sich in die Bevölkerung (von Seiten der Bevölkerung eine „Survival-Strategie“).

Zum anderen fehlt der MONUSCO das grüne Licht aus Kinshasa, um die Offensive zu starten. Zwar sieht das Mandat der NIF vor, dass eine Offensive gegen eine Rebellengruppe auch ohne Zustimmung der kongolesischen Regierung eigenmächtig erfolgen kann, was aber zu verheerenden Folgen zwischen der Regierung in Kinshasa und der MONUSCO führen würde. Bis zum 31.05.2014 wurden ein Teil der FDLR zur Kapitulation und Niederlegung ihrer Waffen aufgerufen. Es handelte sich dabei um eine Fraktion der FDLR in Süd-Ibero, von denen lediglich 150 Rebellen der Aufforderung folgten. Kirchen sollen als Vermittler zwischen den Milizen wie der FDLR und den staatlichen Akteure eine besondere Rolle spielen, um mittels Gesprächen und nicht militärischer Mittel, die Milizen zur Demobilisierung zu bewegen. Die

Diaspora der FDLR ist seit dem stringenteren Vorgehen der Justiz in europäischen Ländern geschwächt. Eine Festnahme und Auslieferung von Milizenführer Sylvestre Mudacamura nach Den Haag würde die Rebellen zusätzlich schwächen, da er trotz seines Alters und seiner Krankheit immer noch eine wichtige und einflussreiche Person innerhalb der FDLR darstellt. Viele Stimmen meinen allerdings, dass die FDLR sowohl von der DR Kongo und als auch von Ruanda stark politisiert wird und folglich jede Regierung in der Region ein Interesse an der Existenz dieser Rebellengruppe besitzt.

MONUSCO

Der Erfolg gegen die M23 hat eine kurzweilige Euphorie in der Kivu-Region erzeugt. Die Stimmung schwindet zunehmend, da diverse andere Milizen weiterhin aktiv sind und die Sicherheitssituation in Gebieten außerhalb Gomas nach wie vor instabil ist. Ein erklärtes Ziel der MONUSCO ist es, Inseln der Stabilität zu schaffen und diese in der Region auszuweiten. Allerdings sind die verantwortlichen staatlichen Akteure kaum vorhanden und es bedarf politischer, langlebiger Lösungen und Friedensstrategien in der Region.

Die MONUSCO bereitet eine Exit-Strategie für 2015 vor, was die Übergabe der Bereiche an ihre dauerhaften Institutionen wie UNDP, UNICEF bedeutet. Eine Realisierung dieses Ausstieges ist momentan kaum denkbar, da zum einen die UN-Organisationen wie UNDP dafür nicht ausreichend aufgestellt und vorbereitet sind und zum anderen eine viel effektivere und bessere Zusammenarbeit von kongolesischer Seite her benötigt wird. Der politische Wille zur Änderung der Verhältnisse im Osten des Landes sollte in Kinshasa liegen, ist jedoch nicht zu spüren.

Ein Szenario ohne die Präsenz der MONUSCO, sei es als Sicherheitsstabilisator oder als einer der Hauptarbeitgeber in Goma und Umgebung, ist zum Zeitpunkt kaum vorstellbar. Zu ungewiss ist die Sicherheitssituation und die fehlende Präsenz von staatlichen Strukturen und Verantwortungen. Kinshasa zeigt kaum Interesse an der Region und überlässt die wenige Kontrolle der MONUSCO, was für die Installierung einer eigenen Struktur im kongolesischen Staat und der Abgabe von politischer Verantwortung sorgt. Die Kultur des Eigenprofits von Einzelpersonen auch aus der Politik hat noch immer großen Einfluss und verhindert nachhaltige politische Prozesse.

Der Wahlkalender für die kommunalen und lokalen Wahlen wurde im Mai von der Wahlkommission CENI veröffentlicht. Am 14. Juli 2015 sollen diese abgehalten werden, wobei die technische, logistische Umsetzung sowie die Finanzierung noch nicht geklärt sind. Für die MONUSCO haben die lokalen Wahlen Priorität, angesichts der langen Vorbereitungszeit und der bislang nicht geklärten Finanzierung, wird die Umsetzung des Wahlkalenders jedoch als unrealistisch gewertet.

Justizsystem

Der Justizsektor ist ebenso wie der Sicherheitssektor stark defizitär. Die drei kommunalen Gerichte im Nord-Kivu in Beni, Massisi und Goma wurden von der internationalen Gemeinschaft gebaut und finanziert. Die Regierung übernimmt weder laufende Personalkosten noch investiert sie in die Instandhaltung der Gebäude. Ein Richter wird mit einem durchschnittlichen Monatseinkommens von 60 \$ entlohnt, was bei den ständig steigenden Preise bspw. in Goma die Lebenskosten nicht decken kann. 80 % der Verwaltungsbeamten, Sekretäre und Angestellten bei den Gerichten erhalten keinen Lohn

und sind somit in der Bredouille, andere einkommensgenerierende Maßnahmen zu ergreifen.

Anfang Mai verurteilte ein Militärtribunal in Goma 25 Regierungssoldaten, die auf der Flucht vor Rebellen im November 2012 Hunderte Frauen in der Stadt Minova vergewaltigt hatten. 14 Soldaten wurden freigesprochen. Von 190 Vergewaltigungsvorwürfen in der Anklage wurden nur zwei aufrechterhalten, was für eine große Enttäuschung und einen Rückschlag bezüglich des Kampfes gegen sexuelle Gewalt bedeutete.

Das Parlament in Kinshasa hat im Mai das Gesetz zur Schaffung eines gemischt besetzten Strafgerichtshof abgelehnt. Eine Möglichkeit für einen erneuten Vorschlag besteht nicht. Dieser Vorschlag wurde von NGOs und Menschenrechtsaktivisten forciert, um hochkarätige Militärs, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, anzuklagen und der grassierenden Straflosigkeit Einhalt zu gebieten.

Zivilgesellschaft

Eine gesamte Region ist nach 20 Jahren Krieg und bewaffneten Auseinandersetzungen zerrüttet, ein Großteil der Menschen traumatisiert, Familien und Sozialstrukturen zerstört und eine allgemeine Perspektivlosigkeit präsent. Nachhaltige Entwicklungsschritte sind in der Region kaum zu sehen. Besonders die zehntausende vertriebenen Menschen stellen eine große Herausforderung dar. Für zunehmende Konflikte sorgt die Landfrage, da rückkehrende Flüchtlinge bewohntes Land für sich beanspruchen und Landrechte oftmals nicht geklärt sind.

In diesem Umfeld sind kirchliche Strukturen, NGOs und die MONUSCO die Hauptakteure für die Regelung des alltäglichen Lebens. Da staatliche Strukturen in den Kivu-Provinzen kaum vorhanden sind, übernehmen Kirchen und private Initiativen Verantwortung für den Bildungs- und Gesundheitssektor. Langsam entwickelt sich eine Krankenversicherung, getragen von Kirchen und NGOs. Die baptistische Kirche CBCA kümmert sich in umfassenden Programmen um ehemalige Kindersoldaten und Straßenkinder, finanziert deren Ausbildungen und stellt Materialien für die handwerklichen Berufe bereit, organisiert Selbsthilfegruppen und medizinische Versorgung für vergewaltigte Frauen und unterstützt die Friedens- und Traumaarbeit. Die MONUSCO hat sich zum Hauptarbeitgeber in der Region entwickelt und finanziert jetzt auch den Straßenbau, um die Regionen sicherer und besser erreichbar zu machen.

Rohstoffe und Auswirkungen des Dodd-Frank Acts 1502 (DFA)

Seit der amerikanische Dodd-Frank Act im Jahre 2011 in Kraft getreten ist, können internationale Konzerne, die an der US Börse notiert sind, nur noch dann Produkte aus den kongolesischen Mineralien Tantal, Zinn und Wolfram verarbeiten, wenn sie nachweisen können, dass die Herkunftsminen nicht dem Profit illegaler kongolesischer Milizen dienen. Eine positive Auswirkung des DFA 1502 ist der Anstoß von verschiedenen Zertifizierungsinitiativen. Im Nord-Kivu sollen 44 Minen zertifiziert werden, wovon sich im Massisi-Bezirk aktuell 4 zertifizierte Minen befinden, die von FARDC und MONUSCO gesichert werden. Kritik kommt bezüglich der Arbeitslöhne auf, da die Händler der Mineralien oftmals von dem zertifizierten Material profitieren, die Kleinschürfer aber kaum eine Lohnverbesserung im Vergleich zum illegalen Abbau erfahren. Als negative Folge des DFA 1503 ist der grassierende Boykott der Minen in den Kivu-Gebieten zu bewerten, welcher

durch eine fehlende Infrastruktur wie sichere und befahrbare Straßen, fehlende staatliche Kontrollposten, sowie fehlende Zertifizierungssysteme verstärkt wird. Auch existiert der illegale Handel mit Rohstoffen über die Grenzen nach Ruanda und Uganda weiterhin. Die DR Kongo erhebt eine Exportsteuer von 3,5 % auf die Ausfuhr von mineralischen Rohstoffen, wohingegen Ruanda keine Exportsteuer verlangt.

Seit 2010 erfährt der Handel mit den mineralischen Rohstoffen Tantal, Zinn und Wolfram einen Rückgang verglichen mit seiner Hochphase in den 1990er Jahren. Gold ist weiterhin ein wichtiger Exportrohstoff und der illegale Handel mit dem Edelmetall wächst. Alleine im Süd-Kivu existieren rund 100 000 Schürfstätten und ziehen negative Nebeneffekte wie Kriminalität, Prostitution und soziale Probleme mit sich.

Problematisch ist zudem, dass der artisanale Bergbau vor großen technischen Schwierigkeiten steht und es keine Investitionen, kaum technisches Knowhow und Geräte (wie Wasserpumpen, Sicherung- von Tunnelsystemen) gibt, um die Minen effektiver zu bewirtschaften. Es bedarf staatlicher Regulierung und Investitionen, um den Sektor wieder anzukurbeln.

Solange politische Akteure, seitens der DR Kongo als auch seiner Nachbarstaaten, von dem illegalen Handel mit den Rohstoffen profitieren und nicht gewillt sind an einer stabilen Region, wird sich die prekäre Situation für die lokale Bevölkerung nicht ändern. Daher bedarf es einen kohärenten, überregionalen Ansatz der verantwortlichen Regierungen, um Sicherheit und Stabilität im Osten der DR Kongo zu schaffen.

Gesine Ames